



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Keine Kosten für die Umrüstung von Dieselfahrzeugen auf die VerbraucherInnen abwälzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt eine finanzielle Beteiligung der Verbraucherinnen und Verbraucher an der Umrüstung von Dieselfahrzeugen ab.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bundesratsinitiative des Bundeslandes Berlin, Drucksache 236/18, für die Nachrüstungsverpflichtung der Automobilhersteller gemäß dem Verursacherprinzip zu unterstützen. Wir fordern die Landesregierung auf, sich damit für Rahmenbedingungen zur Zulassung und Markteinführung von tragfähigen Lösungen für die Nachrüstung einzusetzen.

Begründung:

Die Hardware-Umrüstung von Dieselfahrzeugen muss zwingend wegen der drohenden angekündigten Fahrverbote realisiert werden. Trotz technischer Möglichkeiten wurde dieses nicht in dem Maße von den Automobilherstellern umgesetzt. Massiver Druck auf die Automobilhersteller würde die Entwicklung und Herstellung von zukunftsfähigen und schadstoffarmen Fahrzeugen beschleunigen und somit viele gefährdete Arbeitsplätze in Deutschland erhalten. Weiterhin gilt es die Kommunen bei ihren Bemühungen zur Senkung der hohen Stickoxidwerte im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung zu unterstützen.

Kai Vogel  
und Fraktion